Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 3 | Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1922 | 33. Jahrg.

Deutschland in Cannes

Nichts dürfte bezeichnender sein für die Konferenz von Cannes als die Tatsache, daß Deutschland zwar daran teilnimmt, aber nicht offiziell, sondern nur — inoffiziell. Das ist typisch für die Politik der halben Schritte, über die man bei der Entente noch immer nicht hinausgekommen ist. Als Vertreter Deutschlands geht Dr. Rathenau nach Cannes.

Nach einer Pariser Meldung sollte Dr. Rathenau mitgeteilt haben, daß er dem Obersten Rat einen neuen Plan für die Reparationen vorlegen werde, „der eine jährliche Zahlung von anderthalb Milliarden Goldmark in Waren vorsieht. Dieser Plan könne aber erst nach drei Jahren in Wirksamkeit treten. Bis dahin müsse Deutschland ein Moratorium gewährt werden."

Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, daß Rathenau aus seiner bisherigen Reserve herausgetreten ist und möchten diese Meldung von vornherein als erfunden bezeichnen.

Trotz der Gespanntheit der englisch-französischen Beziehungen hofft Briand anscheinend noch auf ein Verteidigungsbündnis beider Länder. So erklärte Briand einem Pressevertreter der Daily Mail:

Die Sicherheit Frankreichs sei der Schlüssel der Gesamtlage. Ein Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich würde die beste Grundlage für den Wiederaufbau Europas sein.

Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß das Verhalten Frankreichs in Washington nur in Verbindung mit der bevorstehenden Konferenz in Cannes zu erklären ist.

Auch sonst widersetzt sich Frankreich allen Maßnahmen, die die europäische Lage erleichtern könnten, wie z. B. die Anerkennung der Sowjetregierung: Bevor die Reparationsfrage nicht zur Zufriedenheit Frankreichs erledigt sei, können mit größeren Plänen keine Fortschritte gemacht werden.

England dagegen scheint ernstlich gewillt, nicht nur die Reparationsfrage, sondern die gesamten europäischen Probleme aufzurollen. Darauf deutet schon die Anzahl der britischen Vertreter hin.

Paris, 3. Januar. Wie das Journal des Débats aus Cannes erfährt, ist Leon Bourgeois, der französische Vertreter im Völkerbund, in Nizza angekommen.

•

Rathenau und die Reparationen

Dr. Rathenau ist am Donnerstag inoffiziell von Paris, wo er bisher weilte, nach Cannes gereist. Rathenau, der durch sein Verhalten in London und durch seine alten Verbindungen mit englischen Finanzkreisen sich auch innerhalb der englischen Regierung Sympathien erworben hat, wird mit der Konferenz in ständiger Verbindung bleiben und auf Wunsch der Alliierten Auskünfte erteilen. Die Anwesenheit Rathenaus in Cannes ist um so mehr zu begrüßen, als die mündlichen Verhandlungen des Vorsitzenden der deutschen Kriegslastenkommission, Staatssekretärs Fischer, mit der Reparationskommission über die deutschen Rückfragen zu keinem endgültigen Ergebnis führten, uns somit über die Angelegenheit der Januar- und Februarzahlungen vor der Konferenz in Cannes bestimmt das gesamte Reparationsproblem aufgerollt werden wird. Eine schriftliche Beantwortung der Rückfragen der Reparationskommission kommt nicht mehr in Frage, da sich die Reparationskommission mit den Auskünften des Staatssekretärs Fischer zufrieden gegeben hat.

Oesterreich und die Tschecho-Slowakei

Prag, 3. Januar. Im Gefolge der politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen wird zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei ein Zusatzvertrag zu dem demnächst in Kraft tretenden Handelsvertrag vereinbart. Hinsichtlich der Vorkriegsschulden hat Oesterreich erreicht, daß alle Prozesse bis Ende des neuen Jahres ruhen und daß inzwischen ein Uebereinkommen eines Ausgleichs dieser Schulden getroffen wird. Das Kohlenübereinkommen erhöht das prämienfreie Quantum auf 800 Waggons böhmischer Kohle. Ferner wurde die Doppelbelastung der Steinkohle, die aus Oberschlesien nach Oesterreich durchgeführt wird, aufgehoben und ein für Oesterreich günstigeres Transitübereinkommen erzielt. Die Kreditvereinbarungen sind genau umschrieben. Der österreichische Kanzler Dr. Schober hat heute Pressevertretern gegenüber festgestellt, daß die politische Garantie der Grenzen Oesterreichs durch die Tschecho-Slowakei den ausländischen Kreditgesuchen zugute kommen werde.

Prag, 3. Januar. Ministerpräsident Dr. Benesch hat seine Reise durch Karpatho-Rußland mit einer Fahrt nach Preßburg beendet, wo er beim Empfang der slowakischen Würdenträger die Meinung aussprach, daß der Kampf mit Ungarn um die slowakischen Rechte jetzt entschieden und für die Slowakei eine lange Periode der Ruhe und Sicherheit gekommen sei. Dr. Benesch trifft Mittwoch wieder in Prag ein. — Die Nachricht von einer Reise des jugoslawischen Ministerpräsidenten Pasitsch nach Wien und Prag wird aus Belgrad dementiert; dagegen wird der bevorstehende Abschluß eines österreichisch-jugoslawischen Vertrages, ähnlich des von Oesterreich mit der Tschecho-Slowakei geschlossenen Schutzvertrages, bestätigt.

•

Eine Konferenz zwischen Dr. Schober und Graf Bethlen

Wien, 4. Januar. Für die nächste Zeit wird hier der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen zu einer Konferenz mit dem Bundeskanzler Dr. Schober in der Angelegenheit Oedenburgs und des Burgenlandes erwartet. Man glaubt, daß Graf Bethlen bei dieser Gelegenheit mit dem österreichischen Kabinettschef auch eine Reihe von Wirtschaftsfragen erörtern wird, die beide Staaten angehen, und daß es vielleicht zu einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und Ungarn kommen wird.

Englische Neuwahlen im Februar?

Haag, 4. Januar. Der politische Mitarbeiter des Daily Chronicle sagt, daß Lloyd George nach seiner Rückkehr sich über die Lage orientieren werde. Man glaubt, daß er dann zu dem Entschluß kommen werde, dem Könige zu raten, das Parlament aufzulösen. In diesem Falle würden allgemeine Wahlen innerhalb sechs Wochen, sogar Ende Januar stattfinden können. (Es ist noch völlig ungewiß, ob im Februar Neuwahlen angesetzt werden. Das hängt in erster Linie von dem Ausgang der Cannes-Konferenz und von der Lösung der irischen Frage ab. Red. d. Volkszeitung.)

Umbildung der Sowjetregierung?

Neuerdings kommen aus Rußland wieder Nachrichten, die von einer Aenderung der Regierungsverhältnisse sprechen. In einer großen Beratung maßgebender Kommunisten, die hauptsächlich dem Außenhandel galt, soll die Besetzung der Ressorts für Finanzen, Außenhandel und Justiz, also der unpolitischen Abteilungen, durch Parteilose beschlossen worden sein. Die Meldung klingt nicht ganz unwahrscheinlich! Weiß man doch, daß die Förderung des Außenhandels den Sowjets große Kopfschmerzen macht, und die Umbildung der Regierung nicht die erste Konzession wäre, die die Sowjetmänner machen würden, um den Außenhandel wieder in geordnete Bahnen zu bringen. Die Einbeziehung der Parteilosen in die Regierung würde naturgemäß gewisse Gefahren mit sich bringen, trotzdem gerade die Parteilosen als Nichtanhänger des Kommunismus den Sowjets gegenüber sich äußerst loyal verhalten haben. Es ist ganz klar, daß, sobald eine Partei Regierungsmacht erlangt, sie diese Macht ausnutzt. Daß die russischen Parteilosen anders geartet wären, ist nicht anzunehmen. Unter Berücksichtigung dieser Gefahren, also der Verringerung der Sowjetmacht, muß man der Meldung über die Umbildung der russischen Regierung in gewissem Sinne zurückhaltend gegenüberstehen, denn nur die äußerste Not wird die Sowjets veranlassen, die in ihrem Besitz befindlichen Positionen aufzugeben. Leider gestatten die Mitteilungen über russische Verhältnisse kein einwandfreies Urteil über die Situation in Rußland. Immerhin aber kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Wiederherstellung des Außenhandels eine Existenzfrage Rußlands ist. Insofern wird vielleicht die Umbildung der Sowjetregierung auf dem Wege der Einbeziehung der Parteilosen, die in Rußland großen Anhang haben, durch einen Druck von außen erfolgen. Es ist nicht unbekannt, daß die Bestrebungen gewisser Ententemächte in dieser Richtung laufen und man von der Anerkennung der russischen Regierung und somit der Wiederaufnahme der Beziehungen gewisse Zugeständnisse abhängig macht.

Das friedliche Rußland

Moskau, 3. Januar. (Funkspruch.) Die Prawda veröffentlicht eine vom neunten allrussischen Rätekongreß auf Grund des Berichts Trotzkys angenommene Tagesordnung, worin es heißt: Der Kongreß bestätigt den festen Willen der Räterepublik, mit allen Völkern in Frieden zu leben. Keine Grenzverschiebung könnte die Hungernden ernähren oder die wirtschaftlichen Ruinen wieder aufrichten. Der Kongreß heißt die Bemühungen der Regierung, die erste Räterepublik vor neuen Kriegen zu bewahren, gut. Er wünscht nur Frieden und Arbeit. Er billigt auch die Verminderung des Roten Heeres und weist mit Entrüstung die lügnerischen Erfindungen kapitalistischer Regierungen und Zeitungen zurück, daß Rußland gegen seine Nachbarn, hauptsächlich gegen Polen, Kriegsabsichten hege. An der Sitzung des neunten allrussischen Kongresses nahmen 1991 Vertreter teil; 1522 davon waren Kommunisten.

Ein russisch-chinesisches Bündnis?

Kopenhagen, 3. Januar. Die Berlingske Tidende meldet: Der Rigaer Zeitung Sewodnja zufolge hat die Sowjetregierung einen außerordentlichen Gesandten nach Peking entsandt, um China ein Militärbündnis gegen Japan vorzuschlagen.

Ein Nachwort zum Eisenbahnerstreik

Von Theodor Nobur

Die große Streikbewegung der Eisenbahner hat ihr Ende erreicht. Die Frage ist jetzt am Platze: War es wirklich notwendig, erste dem Wirtschaftsleben Deutschlands diesen heute noch gar nicht zu übersehenden Schaden zufügen zu lassen oder wäre es nicht für die Regierung und die Eisenbahnverwaltung zweckmäßig gewesen, die Warnungen der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu beachten und das schlimmste zu verhüten? Die reine Lohnzulage, die den Eisenbahnarbeitern im Verfolg dieses Streikes gewährt wurde, beträgt 300 Millionen Mark. Wie groß die Summe ist, die dem Reiche aus der Stillegung des Güter- und Personenverkehrs erwächst, steht noch nicht fest, daß sie aber erheblich ist, darf als sicher angenommen werden.

Es ist in der Bürgerlichen Presse, wie in der Oeffentlichkeit, vielfach die Behauptung aufgestellt worden, die Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben den Streik vorsätzlich herbeigeführt. Wie wenig das zutrifft, beweist der Umstand, daß nicht nur die Eisenbahner der Bezirke Elberfeld, Köln und Essen spontan in den Ausstand traten, sondern daß bald darauf auch derselbe Vorgang sich in Berlin und Breslau wiederholte, während aus Hamburg, Kassel, Frankfurt a. M. und Baden bedrohliche Nachrichten einliefen, daß auch dort der Ausbruch des Streiks stündlich zu erwarten sei. Hätte die Regierung nur noch wenige Tage ein ablehnendes Verhalten gezeigt, dann wäre es zu einer Stillegung weiterer Eisenbahndirektionsbezirke gekommen und eine Katastrophe die unfehlbare Folge gewesen. Hoffentlich hat die Regierung und insbesondere der Reichsverkehrsminister aus dem Vorgange der letzten Tage gelernt. Inwieweit das der Fall ist, wird sich zeigen, wenn am 5. Januar die Gewerkschaftsvertreter des Reichs- und Staatspersonals unter Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Verhandlungstisch treten. Auf jeden Fall wird das Gerede verstummen müssen, als sei es dem Vorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes darauf angekommen, es zu einer Machtprobe mit der Regierung kommen zu lassen. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung beweist auf jedem Blatte, daß Massenbewegungen sich durch Reden einiger geschickter Agitatoren nicht hervorrufen lassen, sondern daß sie geboren werden aus den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die augenblickliche Streikbewegung der Eisenbahner ist für diese Erfahrungen ein typisches Beispiel, sie entstand aus der schweren wirtschaftlichen Not, die wiederum in den wichtigsten Industriebezirken Deutschlands ihre Ursache hat in den bedeutend niedrigeren Eisenbahnerlöhnen gegenüber der Privatindustrie. Würde die Regierung, die sich allzusehr in ihrer Haltung von dem Reichsverkehrsminister beeinflussen ließ, auch bei den Verhandlungen am 5. Januar ihre verhängnisvolle Tätigkeit fortsetzen, in dem Bewußtsein, einen drohenden Eisenbahnerstreik zu einem Zusammenbruch bringen zu können, so könnte das die übelsten Folgewirkungen haben. Was sich jetzt gezeigt hat, war nur ein Vorpostengefecht, das sich zu einer regelrechten Entscheidungsschlacht auswirken könnte, wenn die Kurzsichtigkeit gewisser Scharfmacher weitere Triumphe feiert.

Interessant ist, daß aus allen Teilen des Reiches eine starke Mitgliederzunahme des Deutschen Eisenbahnerverbandes gemeldet wird. Viele der neugewonnenen Mitglieder sind Ueberläufer aus den gegnerischen Eisenbahnerverbänden. Diese Tatsache spricht dafür, daß die Haltung der Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes als durchaus korrekt und einwandfrei angesehen wird, und die Auffassung sich immer mehr verbreitet, daß die freigewerkschaftliche Bewegung die zweckmäßigste Interessenvertretung des Eisenbahnerpersonals ist.

Was sollte nach Meinung der in den Streik tretenden Eisenbahner erreicht werden? Und was brachte dann das Verhandlungsergebnis? Die Beantwortung der Frage geht zurück auf die am 3. Dezember von den Spitzenverbänden eingereichte Forderung, die deshalb gestellt wurde, weil die im November beendete Lohn- und Gehaltsbewegung des Personals der Reichs- und Staatsbetriebe einen unbefriedigenden Verlauf nahm. Das mußte selbst der Reichstag anerkennen, indem er in einer einstimmig angenommenen Entschließung eine sofortige Nachprüfung der Besoldungsbezüge von der Reichsregierung forderte. Die Forderungen vom 3. Dezember sollten nur eine Verhandlungsgrundlage bilden. Beider war der Reichsfinanzminister Dr. Hermes darüber anderer Meinung. Er wollte eine Verhandlungsgrundlage haben, die ihm paßte, und glaubte das den Gewerkschaften in einem vorliegenden Antwortschreiben mitteilen zu müssen. Dieses und noch manches andere, u. a. auch die Erleichterung der Steuerzahlung für die höheren Einkommen unter Nichtberücksichtigung der Arbeiter und Beamten, die nicht einmal das Existenzminimum erreichen, bilden den Ausgangspunkt der Streikbewegung.

Die Vereinbarung sieht nun vor, daß am 5. Januar die am 3. Dezember geforderten Verhandlungen beginnen. Sie sollen aber den in Aussicht genommenen Verhandlungen nicht vorgreifen, sondern nur ein Provisorium schaffen zur Linderung der größten Not in den Industriebezirken. Daraus ergibt sich, daß jene streikenden Eisenbahner, welche wirklich leer ausgehen, in den kommenden Verhandlungen eine Neuregelung ihrer Bezüge erfahren werden. Da zu einer gründlichen Verhandlung während des Streiks keine Zeit war, konnte es sich in den wenigen zur Verfügung stehenden Stunden nur um eine Notstandsaktion handeln. Daß dabei durch die schematische Regelung einige Orte, die eine Berücksichtigung verdienten, trotzdem unberücksichtigt bleiben, dürfte erklärlich sein, es ist aber Vorsorge getroffen, daß eine gründliche Nachprüfung erfolgt und Härten beseitigt werden. Auch darüber erübrigt sich wohl jedes weitere Wort, daß die eine Mark Ueberteuerungszulage in jedem Orte, wo die Privatindustrie einen um mehrere Mark höheren Stundenlohn zahlt, nur eine erste Abschlagszahlung ist. Immerhin dürfte die größte Not durch die sofortige Zahlung beseitigt werden. In allen Orten, in denen bisher Ueberteuerungszuschüsse in irgendeiner Höhe gezahlt wurden, erfolgt eine Erhöhung um eine Mark vom 1. Oktober 1921 an, so daß in drei Monaten 600 Mark nachgezahlt werden. Wo die Steigerung des Lebens-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220104/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG